

FAZ
1/2/18

Die DDR nannte sie „Schädlinge“

„Aktion Ungeziefer“: Die aus dem Sperrgebiet Vertriebenen sind vergessen –

– und nie entschädigt worden / Von Jürgen Aretz und Wolfgang Clement

Es waren generalstabsmäßig angelegte Operationen, die die DDR-Staatsführung auf sowjetischen Druck im Juni 1952 und erneut nach dem Bau der Berliner Mauer im Oktober 1961 anordnete. Die erste nannte der Erfurter Bezirksratsvorsitzende Willi Gebhardt (SED) „Aktion Ungeziefer“, die zweite Operation lief unter dem Namen „Festigung“. Das Ziel war, als politisch unzuverlässig eingestufte DDR-Bürger aus dem Sperrgebiet entlang der einstigen innerdeutschen Grenze zu entfernen. Nach Schätzungen wurden bis zu 12 000 Menschen auf diese Weise an andere Orte im Land unter Zwang buchstäblich verfrachtet. „Wir wurden samt Hab und Gut auf Güterwagen der Bahn regelrecht verladen“, erzählten Betroffene später, Zielort zumeist unbekannt. 3000 sollen sich der

Zwangsausiedlung durch Flucht in den Westen entzogen haben. In Streufdorf (Kreis Hildburghausen) versuchten Bewohner sich mit Barrikaden – vergeblich – gegen die anrückenden Polizei-, Grenz- und Kampftruppen zur Wehr zu setzen. Wer als „politisch unzuverlässig“ galt – „Diversanten, Spione, Terroristen und Schädlinge“ im amtlichen Sprachgebrauch –, entschieden die Staatssicherheitsorgane willkürlich, zum Teil aufgrund von Denunziationen. An den neuen Wohnorten wurde verbreitet, bei den Ankömmlingen handle es sich um „Kriminelle“.

* Die Zwangsausgesiedelten sind nie materiell für das, was ihnen angetan wurde, für ihre Traumatisierungen entschädigt worden wie etwa Haftopfer oder auch Dopplungsopfer der DDR. Es geschah ausge-

rechnet an der Mahn- und Gedenkstätte Point Alpha an der hessisch-thüringischen Grenze, wo sich einst die Vorposten von Nato und Warschauer Pakt beinahe Auge in Auge gegenüberstanden, dass uns die Vorsitzende des Bundes der Zwangsausgesiedelten, Marie-Luise Tröbs, darauf ansprach: „Haben wir als SED-Opfer nicht einen anderen Umgang verdient?“ Offenkundig wird aus ihrer Frage jedenfalls, dass sich viele Opfer des DDR-Unrechts bis heute vergessen fühlen. Nicht wenige – und ganz besonders die Opfer der Zwangsausiedlungen – fühlen sich zudem materiell unangemessen oder gänzlich ungerecht behandelt. Initiativen auf politischer Ebene, daran noch etwas ändern zu wollen, sind bisher im Sande verlaufen. Ist es wirklich vermessen, den solchermaßen

Zwangsausgesiedelten in Aussicht zu stellen, dass eine substantiell angemessene materielle Hilfe auf neuer gesetzlicher Grundlage doch noch möglich sei?

Abgesehen von der materiellen Seite, die vermutlich für viele Betroffene gar nicht im Vordergrund steht, gibt es zumindest eine moralische Verpflichtung. Sie besteht in der Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit im Hinblick auf von der SED begangenes Unrecht. Viele gute Ansätze dazu gibt es bereits. So wird zum Beispiel bei den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung des SED-Unrechts, in früheren Haftanstalten der DDR oder in Grenz Museen und von vielen privaten Initiativen unverzichtbare Arbeit geleistet. In der Gesamtheit erscheint dies freilich nicht hinreichend, weil eine breitere Öffentlichkeit kaum er-

reicht wird. Eine intensivere, auch öffentlich nachhaltigere Aufarbeitung ist deshalb hinsichtlich aller Opfergruppen nötig. Im Fall der Zwangsausgesiedelten gibt es jedoch besonderen Nachholbedarf. Das hier nur angedeutete Elend, das die Betroffenen erlitten haben, verlangt danach.

Den Rahmen könnte zum Beispiel eine eigene Stiftung bilden, die in Verbindung mit den Landesbeauftragten errichtet würde. Maßnahmen könnten sein: eine systematische dokumentarische Erfassung, auch durch Befragungen, Dokumentensicherung, Archivarbeiten, Suche nach privaten Erinnerungsstücken, Zusammenarbeit mit Heimatforschern und kirchlichen Stellen; wissenschaftliche Projekte und Tagungen unter Einbeziehung Betroffener; Hilfestellungen für Begegnungen Betroffe-

ner, etwa in Verbindung mit kirchlichen Stellen; Aufklärungsarbeit zusammen mit Lehrern aller Schultypen; Aufklärung in Schulen, gerade auch mit Zeitzeugen.

Die Wiedervereinigung liegt inzwischen eine Generation zurück, und die Mauer ist ebenso lange wieder geöffnet, wie sie zuvor die Menschen in Ost-Berlin eingesperrt hat. Die Erinnerung an die damaligen Geschehnisse verblasst immer mehr. Dem gilt es entgegenzuwirken und auch, ganz konkret, dem Schicksal der Zwangsausgesiedelten gerecht zu werden. Vielleicht könnte die Initiative dazu von den Landtagspräsidenten der neuen Länder ausgehen. Es wäre gewiss ein viele Menschen ermutigendes Zeichen.

Dr. Jürgen Aretz ist Staatssekretär a. D., Wolfgang Clement ist Bundesminister a. D.